



II- 3420 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr. Zl. 5.907/2-Präs. 1974

1617/A.B.  
zu 1629/J.  
Präs. 3. Mai 1974

ANFRAGEBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage der Abgeordneten zum Nationalrat Dipl. Ing. Hanreich, Dr. Scrinzi und Genossen, Nr. 1629/J-NR/1974 vom 7. März 1974 "Forderungen von Körperbehinderten"

Zur obigen Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1):

Die Anliegen der Körperbehinderten an das Bundesministerium für Verkehr wurden bereits geprüft.

Zu den Fragen 2) und 3):

Ein Teil der Forderungen kann auf Grund der geltenden Gesetze im Wege der Vollziehung erfüllt werden. So können von den zuständigen Behörden im Einzelfall gehbehinderten Versehrten auf Antrag Ausnahmegewilligungen von bestehenden Fahrverboten sowie von Halte- und von Parkverboten, wie z.B. vor ihren Wohnungen und Arbeitsplätzen und im Bereich von Amtsgebäuden und Kurzparkzonen, erteilt werden. Die Versehrtenvereinigungen wurden auf diese Möglichkeiten hingewiesen und um entsprechende Information ihrer Mitglieder ersucht.

Zum Teil kann den vorgebrachten Anliegen erst entsprochen werden, wenn die Straßenverkehrsnormen durch entsprechende Sonderregelungen ergänzt werden. Soweit hierbei internationale Belange nicht berührt werden und aus Gründen der Straßenverkehrssicherheit keine Bedenken bestehen, werden diese

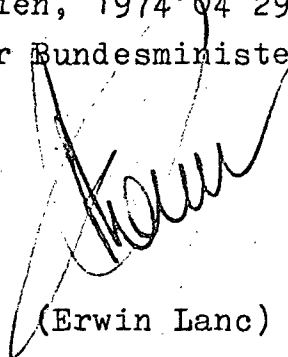
- 2 -

Anliegen in der 5. Novelle zur Straßenverkehrsordnung mitberücksichtigt. Der Entwurf dieser Novelle wird gegenwärtig ausgearbeitet und in Kürze dem Begutachtungsverfahren zugeführt werden.

Soweit es sich bei den Forderungen um Fragen von internationaler Bedeutung handelt, werden diese bei der im Juni stattfindenden Ministerratssitzung der Europäischen Verkehrsministerkonferenz von der österreichischen Delegation zur Erörterung gestellt werden. Sobald im internationalen Bereich über die Einführung von Sonderregelungen Konsens herrscht, können diese in die innerstaatliche Rechtsordnung (StVO, KFG) übernommen werden.

Wien, 1974 04 29

Der Bundesminister:



(Erwin Lanc)